

Kein Krieg für Öl-Profite

demonstrieren, blockieren, streiken

**international gegen Krieg
und Kapitalismus**

**Argumente, Fakten, Hintergründe
ein sozialistisches Programm gegen den Krieg**



eine Broschüre der SAV – Preis: 1 EUR – Solipreis: 2 EUR



Stoppt den Krieg für Ölprofite!

Die Bush-Regierung in den USA ist weiterhin fest entschlossen, den Irak anzugreifen und einen neuen Golfkrieg zu beginnen. Millionen Menschen in allen Teilen der Welt demonstrieren gegen diese Kriegspläne und leisten Widerstand. Noch niemals zuvor in der Geschichte war eine Antikriegsbewegung vor Beginn eines Krieges so groß und international.

Diese Broschüre beantwortet die wichtigsten Fragen für die Antikriegsbewegung und gibt Argumente gegen den Krieg und gegen die heuchlerische Haltung der Schröder/Fischer-Regierung. Außerdem erklärt sie, warum dieser Krieg ein kapitalistischer Krieg ist und der Kampf gegen Krieg mit dem Kampf gegen das kapitalistische Profitsystem und für eine sozialistische Demokratie verbunden werden sollte.

Nicht zuletzt ist diese Broschüre ein Aufruf an alle, aktiv zu werden: Reiht Euch in die Antikriegsbewegung ein!

Werdet aktiv in Antikriegskomitees in Schulen, Hochschulen, Betrieben, Stadtteilen, gewerkschaftlichen Antikriegsgruppen, bei Jugend gegen Krieg, bei Attac!

Kämpft mit uns für eine Zukunft ohne Ausbeutung und Krieg – für eine sozialistische Welt! Werdet SAV-Mitglied!

1. Bedroht der Irak die Welt?

Bush und Blair, die Vereinen Nationen und die EU werfen dem Diktator Saddam Hussein vor, er besitze Massenvernichtungswaffen und bedrohe die Welt. Niemand außer Saddam selber kann wissen, ob der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügt (die er in der Vergangenheit sicher hatte, bekam er mit Hilfe der westlichen Staaten und Konzerne). Beweisen konnten es USA und UNO bisher nicht.

Also drehen die US-Herrschenden einfach die Beweislast um: der Angeklagte muss beweisen – obwohl es weder Opfer noch Tatwaffe gibt – dass er nicht der Täter ist. Eine schwierige Aufgabe.

Ein paar Tatsachen sind aber bekannt: es gibt Massenvernichtungswaffen auf der Welt und sie

gehören abgeschafft: sie lagern in den USA, Großbritannien, Russland, Frankreich, China, Israel, Pakistan, Indien, Südkorea und anderen Staaten. Dies ist für Bush kein Grund selber abzurüsten oder gegen die anderen Staaten ähnlich kriegerisch vorzugehen. Das lässt darauf schließen, dass es den USA im Irak um etwas ganz anderes geht.

Der Irak wurde nach dem Golfkrieg von 1991 mit wirtschaftlichen Sanktionen und UN-Inspektionen zur Zerstörung von Massenvernichtungswaffen heimgesucht. An den Folgen des Wirtschaftsembargos sind in den 90er Jahren über eine Million Menschen gestorben, ca. 500.000 davon waren Kinder. Die UNO-Inspektionen, die bis 1998 dauerten, waren effektiv. Der ehemalige Inspektor Scott Ritter behauptet, der Irak verfüge über keine Massenvernichtungswaffen mehr.

2. Ist ein UNO-Krieg gerecht?

Die UNO sind nicht der Zusammenschluss der Völker dieser Erde, sondern der kapitalistischen Regierungen. In der großen Mehrzahl der UNO-Staaten finden Menschenrechtsverletzungen statt. Das Sagen in der UNO haben die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die mit einem Vetorecht ausgestattet sind und so jede Entscheidung verhindern können: die Besitzer von Massenvernichtungswaffen USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China. In der Regel können die USA ihre dominierende wirtschaftliche und militärische Stellung dazu nutzen, sich in der UNO durchzusetzen. Setzen sie sich nicht durch wird die UNO handlungsunfähig und die USA handeln ohne die UNO.

Die Kriege, die unter UNO-Mandat geführt wurden – wie der Golfkrieg 1991 -, waren keine gerechten

Mach mit bei den SozialistInnen

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Abgeben am Infostand der SAV oder senden an:
Sozialistische Alternative - SAV
Littenstraße 106/107 – 10179 Berlin

SAV **Sozialistische Alternative**

Impressum:

herausgegeben von der

Sozialistischen Alternative – SAV

(V.i.S.d.P. Sascha Stanicic, c/o SAV)

Littenstraße 106/107, 10179 Berlin

info@sav-online.de – www.sozialismus.info

Telefon (030) 24 72 38 02 – Fax (030) 24 72 38 04

Druck: Wiesjahn Digitaldruck, Berlin

Kriege. Es gibt keinen Grund, sich beim Kampf gegen Krieg auf die Regierungen dieser Welt zu verlassen, also auch nicht auf die UNO.

3. Warum will Bush Krieg?

Der US-Regierung geht es nicht um Massenvernichtungswaffen oder die Schaffung einer Demokratie im Irak. Hinter ihren Kriegsplänen stehen ökonomische und machtstrategische Interessen. Der Irak verfügt über die größten unerschlossenen Erdölvorkommen der Welt. Diese wollen die US-Ölkonzerne unter ihre Kontrolle bringen. Der gesamte Nahe und Mittlere Osten sind für die multinationalen Konzerne und die Regierungen der imperialistischen Industriestaaten aufgrund der Ölvorkommen von besonderer strategischer Bedeutung. Die USA können nicht akzeptieren, dass sich ein Regime ihnen dauerhaft widersetzt. Das könnte als Beispiel für andere Staaten und Völker dienen.

4. Ist Schröder gegen den Krieg?

Schröders Phrasen gegen den Krieg sind heuchlerisch. In seiner Amtszeit hat er die Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Armee gemacht und sich an den Angriffskriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan beteiligt. Während er gegen den Krieg spricht, leistet er die notwendige logistische Unterstützung für die Kriegsvorbereitungen der USA. Seine Haltung gegen einen US-Feldzug gegen den Irak basiert auf den Interessen des deutschen Kapitalismus und seiner Regierung. Deutschland hat bei diesem Krieg nichts zu gewinnen und hat kein Interesse an einer Ausdehnung der weltweiten Macht und Dominanz der USA. Gleichzeitig kämpft Schröder um sein politisches Überleben und lässt sich von der massenhaften Antikriegsstimmung und der Antikriegsbewegung in Deutschland in seine Antikriegsrhetorik treiben.

5. Muss Saddam nicht gestürzt werden?

Ja. Saddam ist ein grausamer Diktator unter dem vor allen Dingen die einfachen Menschen im Irak zu leiden haben. Sollte Saddam durch den Krieg gestürzt werden, würde das aber nicht zu demokratischeren Verhältnissen führen. Die USA planen eine Militärverwaltung einzurichten und würden zu einem späteren Zeitpunkt ein abhängiges, pro-amerikanisches Regime einsetzen.

Es ist die Aufgabe des irakischen Volkes Saddam zu stürzen und sein Regime durch neue, demokratische Strukturen zu ersetzen. Dass dies möglich ist, haben die indonesischen Massen 1998 beim Sturz des Suharto-Regimes und die jugoslawischen ArbeiterInnen beim Sturz von Milosevic im Jahr 2000 bewiesen.



Rund eine Million Menschen demonstrieren beim Europäischen Sozialforum in Florenz gegen den drohenden Krieg gegen den Irak.

6. Welche Folgen hätte ein Krieg?

Ein Krieg wäre eine Katastrophe für das irakische Volk. Nach UN-Schätzungen würden 500.000 IrakerInnen sterben und verletzt werden. Schon im Golfkrieg von 1991 hat der Einsatz von uranhaltiger Munition zur Vergiftung des Grundwassers und Bodens und einer massiven Steigerung der Krebserkrankungen im Irak geführt. Das Gesundheitswesen des Irak wäre nicht in der Lage die Verwundeten auch nur annähernd zu versorgen. Der Krieg würde aber auch viele Opfer unter den US-SoldatInnen fordern, denn im Irak stehen Massen unter Waffen, die erbitterten Widerstand leisten könnten.

Ein Krieg würde den Konflikt zwischen Israel und Palästina verschärfen und der israelischen Regierung die Gelegenheit zu einer verschärften Unterdrückung der PalästinenserInnen geben. Aus Wut und Verzweiflung – und in Ermangelung starker linker politischer Alternativen in der Region – würden viele tausende junge AraberInnen und Muslime in die Arme terroristischer und fundamentalistischer Organisationen getrieben. Diese werden versuchen sich mit verstärkten Anschlägen in den westlichen Staaten zu rächen. Die Machtergreifung von fundamentalistischen Kräften in Saudi-Arabien, Jordanien oder Ägypten wäre nicht ausgeschlossen.

Im Irak selber könnte es zu einem Bürgerkrieg oder einem Auseinanderbrechen des Landes kommen. Ein Blick nach Afghanistan genügt, um sich davon zu überzeugen, dass eine „Pax Americana“ kein Frieden ist. Dort haben die regionalen Kriegsfürsten wieder die Kontrolle über die verschiedenen Landesteile errungen und die Hauptstadt Kabul ist nicht mehr als ein Stadtstaat, der kaum Einfluss im Rest des Landes hat.

Der Krieg würde auch die Weltwirtschaft wieder in die Rezession ziehen, nicht zuletzt wegen des zu erwartenden massiven Anstiegs des Ölpreises. Dafür – und für die Kriegskosten – werden dann die

3 ein sozialistisches Programm gegen den Krieg

ArbeiterInnen und Arbeitslosen in den westlichen Staaten mit weiterer Massenarbeitslosigkeit und Sozialkürzungen bezahlen müssen.

7. Kann der Krieg gestoppt werden?

Die Bush-Administration scheint fest entschlossen diesen Krieg führen zu wollen. Kein Wunder, denn sie repräsentiert vor allem die Öl- und Rüstungsindustrie der USA. Doch angesichts der unkalkulierbaren Folgen eines Krieges und konfrontiert mit einer wachsenden Massenbewegung gegen den Krieg, haben sich Risse innerhalb der herrschenden Klasse aufgetan, sowohl innerhalb der USA als auch zwischen verschiedenen imperialistischen Staaten. Doch die Antikriegsbewegung muss über Massendemonstrationen hinaus gehen, wenn sie den Krieg noch verhindern will: dazu sind Massenblockaden von Militäreinrichtungen und Streiks der arbeitenden Bevölkerung nötig. Nur so kann die Kriegsmaschine gestoppt werden.



Joe Higgins, Parlamentsabgeordneter der Sozialistischen Partei (CWI-Sektion) in Irland in einer Parlamentsdebatte:

„Dieser Krieg geht um die Kontrolle des irakischen Öls und er soll ein Signal an die Welt senden: dass die USA eine imperiale Macht und bewaffneter Koloss sind, der die Welt beherrscht und die Bedingungen diktiert.“

An den irischen Premierminister gewandt: *„Ich war schon gegen Saddam Hussein, bevor der Premierminister wusste, dass dieser existiert.“*

Über die irische Unterstützung des Krieges: *„Das Blut der Unschuldigen, die getötet werden, wird ebenso an den Händen Bertie Aherns kleben, wie an den Händen von Bush, Rumsfeld und Co.“*



Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers' International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Jugend gegen Krieg

Bundesweite Kampagne von SchülerInnen, Studierenden und Azubis

In vielen Städten haben sich in den letzten Wochen Jugendkomitees gegen den Krieg gegründet. SchülerInnen, Studierende und Auszubildende kommen in diesen Gruppen zusammen und organisieren Jugendwiderstand gegen den Krieg. In Aachen, Berlin, Bremen, Hamburg, Kassel, Köln, Saarbrücken, Stuttgart und Rostock sind Mitglieder von SAV und *widerstand international* an der Bildung dieser Komitees beteiligt. Diese haben sich jetzt in der bundesweiten Kampagne „Jugend gegen Krieg“ zusammen geschlossen.

In ihrem Aufruf kündigen die Jugendlichen einen bundesweiten Aktionstag am 25. Februar 2003 und Jugendstreiks am Tag X (Tag des Kriegsbeginns) an. Sie fordern auch die Gewerkschaften auf Streiks von ArbeitnehmerInnen gegen den Krieg durchzuführen.

Die SAV unterstützt die Kampagne „Jugend gegen Krieg“ und ruft alle Jugendlichen auf, Antikriegsgruppen an Schulen, Hochschulen, Lehrwerkstätten zu bilden und stadtweite Gruppen von „Jugend gegen Krieg“ ins Leben zu rufen.

Mehr Infos gibt es:

www.jugend-gegen-krieg.org

Telefon: (030) 24 72 37 90

Email: info@jugend-gegen-krieg.org



Der Krieg für Öl

Die Bush-Regierung scheint entschlossen zu sein, einen Krieg gegen den Irak zu führen und das Regime Saddam Husseins zu stürzen.

Diese Kriegspläne sind Teil einer imperialistischen Politik und Strategie. Seit dem 11. September sehen sich die USA in der Lage diese Politik und Strategie rücksichtslos umzusetzen.

Sie erheben den Anspruch die einzige Supermacht und der einzige Weltpolizist zu sein. Das bedeutet nichts anderes als die wirtschaftlichen, politischen und geostrategischen Interessen des US-amerikanischen Kapitalismus weltweit durchzusetzen.

George W. Bush macht aus der Welt einen noch unsichereren Ort. Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA sieht unter anderem massive Erhöhungen des Rüstungshaushalts, die Entwicklung sogenannter „taktischer“ Nuklearwaffen, die Errichtung von dauerhaften Militärstützpunkten in allen Teilen der Welt und eine Präventivschlag-Politik vor. Vor allem letzteres ist eine gefährliche und ernstzunehmende Neuausrichtung US-amerikanischer Politik. Der Einsatz von „präventiver“ militärischer Gewalt würde zu einer dramatischen Zunahme von militärischen Konflikten und Kriegen beitragen.

Der Bush-Flügel der herrschenden Klasse in den USA denkt, die Macht der USA sei unbegrenzt und unschlagbar. Die militärischen Siege im Golfkrieg 1991 und in den Kriegen gegen Serbien und gegen die Taliban nährten diese Illusion. Tatsächlich ist die ökonomische, politische und militärische Dominanz der US-Imperialismus unvergleichlich. Doch militärische Macht muss auf ökonomischer Stärke basieren, wenn sie stabil sein will.

Die US-Wirtschaft befindet sich aber, wie auch die Weltwirtschaft in einer Krise. Das untergräbt letztlich auch die Position des US-Imperialismus. Militärisch wird er den Irakkrieg gewinnen, doch wie schnell und zu welchem Preis er sich militärisch durchsetzen kann ist eine andere Frage. Die Grenzen der US-Macht wurden an zwei Beispielen im letzten Jahr deutlich: dem gescheiterten (vom CIA mitorganisierten) Putschversuch gegen die Chávez-Regierung in Venezuela und der Tatsache, dass weder Osama bin Laden noch Mullah Omar gefasst wurden und der Großteil Afghanistans nicht unter der Kontrolle der USA, sondern der regionalen Warlords und Stammesfürsten steht.

Mafiaboss George W. Bush

Weitsichtigere Teile der US-Elite erkennen die unkalkulierbaren Folgen eines Angriffs auf den Irak und haben sich in den letzten Monaten wiederholt dagegen ausgesprochen. Doch Bush hat sich durchgesetzt und eine breite Unterstützung für seine Politik ist ihm im Kongress und Repräsentantenhaus sicher. Die USA haben schwerwiegende ökonomi-

sche Interessen in der Golfregion und sie meinen, der Zeitpunkt sei günstig, um diese militärisch durchzusetzen. Die Folgen eines Angriffs sind unkalkulierbar: ein Flächenbrand im gesamten Nahen Osten ist nicht auszuschließen. In jedem Fall wird es eine massenhafte Stimmung gegen den US-Imperialismus und eine Antikriegsbewegung in der arabischen und muslimischen Welt geben, die auch islamisch-fundamentalistischen Kräften einen neuen Zulauf geben wird. Und auch in den westlichen kapitalistischen Staaten wird der Krieg auf massenhaften Widerstand stoßen, wie die Demonstrationen in Großbritannien und Italien schon gezeigt haben. Aber die Bush-Administration hat sich auch in ein Dilemma manövriert. Selbst wenn sie wollte, wäre es schwer zurück zu rudern, zu sehr hat sich Bush aus dem Fenster gelehnt und den Sturz von Saddam als unausweichliches Ziel festgeschrieben. In einem Kommentar der jungen Welt vom 28. August 2002 stand treffend: *„Angesichts der weltweiten Proteste gegen die US-Kriegspläne haben viele auf ein Einlenken der Bush-Regierung gehofft. Erwartungsgemäß wurden sie (...) enttäuscht. Schließlich steht die ‚Glaubwürdigkeit‘ der Bush-Regierung auf dem Spiel. Dieser bleibt gar nichts anderes übrig, als Krieg gegen Irak zu führen - im Rahmen der neuen Doktrin von Präventivschlägen, mit der die neue Weltordnung der Pax Americana durchgesetzt werden soll. Dazu gehört der Aufbau einer Drohkulisse. Falls das gewünschte Resultat trotzdem ausbleibt, erfordert die ‚Glaubwürdigkeit‘ die Anwendung militärischer Gewalt. Das weiß die Mafia ebenso gut, wie die amerikanische Regierung. Die kann sich ebenso wenig erlauben, ein widerspenstiges Land, das sich ihrer neuen Weltordnung nicht beugen will, ungeschoren davonkommen zu lassen, wie ein Mafiaboss einen ‚Kunden‘ laufen lassen kann, der sich weigert ‚Schutzgelder‘ zu zahlen. Würden in naher Zukunft sonst nicht alle anderen ‚Kunden‘ ebenfalls die Zahlung an die Mafia einstellen? (...)“*

Das die irakische Regierung mit allen Nachbarländern derzeit besser denn je zurechtkommt und niemand gegen Bagdad in den Krieg ziehen möchte, nicht einmal die europäischen US-Verbündeten, macht einen Angriff Washingtons nur noch unausweichlicher. Wie würde ein Mafiaboss reagieren, wenn seine eigenen Bandenmitglieder sich weigerten, dem säumigen ‚Schutzgeldzahler‘ eine Lektion zu erteilen, weil die einen bereits mit dem ‚Schuld-

5 ein sozialistisches Programm gegen den Krieg



8. Oktober 2001: 5000 Schülerinnen und Schüler in Berlin streiken gegen den Krieg.

ner' ihre privaten Geschäfte machen und die anderen das Unternehmen für zu gefährlich halten? Wenn der Mafiaboss in dieser Situation seinen Führungsanspruch in der Gangsterbande nicht verlieren will, dann muss er - notfalls ganz allein - dem widerspenstigen 'Kunden' alle Knochen brechen. "

Die Rolle des Öls

Warum wollen die USA Krieg gegen den Irak führen? Natürlich ist Saddam ein Stachel im Fleisch des US-Imperialismus. Die bloße Existenz eines Regimes, das nicht nach der Pfeife der USA tanzt, ist eine Provokation und ein Zeichen von Schwäche und Verwundbarkeit des Imperialismus, oder zumindest der nicht uneingeschränkten Macht. Die Existenz des Saddam-Regimes ist ein potenzielles Beispiel für andere Staaten den USA die Gefolgschaft zu verweigern. Das allein ist ein hinreichender Grund für den US-Imperialismus einen Regimewechsel herbeizuführen. Viel schwerer wiegt aber die Tatsache, dass dieses Regime in einer Region herrscht, die von unvergleichlichem Interesse für den Imperialismus ist. Der Grund für dieses Interesse und damit der eigentliche Grund für den angekündigten Krieg hat zwei Buchstaben: Öl. Öl ist der wichtigste Energieträger für die Weltwirtschaft und wird es in absehbarer Zeit auch bleiben. Die USA sind in erheblichem Maße von Erdölimporten abhängig. Über 50 Prozent des in den USA verbrauchten Öls werden importiert.

Aufgrund des steigenden Energieverbrauchs wird dieser Anteil bis zum Jahr 2020 wahrscheinlich auf zwei Drittel ansteigen. Die Ölversorgung und der Ölpreis haben unmittelbare Auswirkungen auf den Zustand der Weltwirtschaft. Die Erinnerung an das Ölembargo von 1973 bereitet den Kapitalisten immer noch schlaflose Nächte. Damals drehten die arabischen Staaten den Ölhahn zu und die Weltwirtschaft wurde schwer getroffen. Die Ölkrise war zwar nicht der Grund für die Weltwirtschaftsrezession, vertiefte diese aber deutlich. Nach einer ökonomischen Faustregel führt eine Erhöhung des Rohölpreises um zehn Dollar pro Barrel (159 Liter) zu einem

Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung um bis zu 0,5 Prozent.

Die USA sind stark abhängig von der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder), in der die Golfstaaten und einige andere der wichtigen Ölstaaten zusammengeschlossen sind und die faktisch die Rohölpreise bestimmen kann. Die beiden größten Öllieferanten an die USA sind Venezuela und Saudi-Arabien, beides OPEC-Länder und beides unsichere Kantonisten aus Sicht des Imperialismus. In Venezuela herrscht ein linkspopulistischer Präsident, der mit Fidel Castro sympathisiert und anti-imperialistische Phrasen drischt. Das saudische Regime hat über viele Jahre sein Öl zu Vorzugspreisen an die USA verkauft, gerät aber immer mehr unter Druck der eigenen Bevölkerung. Ein Regimewechsel in Saudi-Arabien hin zu einem US-feindlichen fundamentalistischen Regime ist für die Zukunft nicht auszuschließen. Die US-Kapitalisten müssen also andere Optionen für die Ölversorgung ihrer Ökonomie in Betracht ziehen. Sie haben neue Förderprojekte in Alaska begonnen, haben Truppen in den zentralasiatischen Republiken stationiert, um den Zugang zum Öl im kaspischen Meer zu sichern und versuchen den Handel mit Russland auszuweiten. Doch all das kann die Ölversorgung der USA für die Zukunft nicht garantieren. Letztlich führt kein Weg vorbei an der Golfregion, denn hier lagern zwei Drittel aller bekannten Ölreserven. Und nicht nur das: die Förderkosten sind extrem niedrig und das Öl von besonders guter Qualität. Dementsprechend betonte der Nationale Energie Bericht der US-Regierung vom Mai 2001 auch, dass der Zugang zum Öl in der Golfregion eine hohe Priorität für die USA haben muss.

Nun gibt es keinen unmittelbaren Grund für einen Krieg, wie dies die Besetzung der kuwaitischen Ölfelder durch die irakische Armee 1990 war. Die USA nutzen die veränderte Lage nach dem 11. September 2001, um ihre mittelfristigen Interessen zu sichern. Und dazu kommt dem Irak eine besondere Rolle zu. Denn im Irak gibt es, nach Saudi-Arabien, die zweitgrößten bekannten Erdölreserven der Welt. Hier lagern mindestens 112 Milliarden Barrel Öl, während es in Russland „nur“ 49 Milliarden Barrel und im Kaspischen Meer 15 Milliarden Barrel sind. Außerdem gibt es im Irak die wahrscheinlich größten unerschlossenen Ölfelder der Welt, weitaus mehr als in Saudi-Arabien, dessen Ölvorkommen weitgehend bekannt und erschlossen sind. Der Irak ist wohl das einzige Land, das die Kapazität hätte, den Verlust der saudischen Ölproduktion aufzufangen. Aus Sicht des US-Imperialismus bedeutet die Kontrolle über die irakischen Ölfelder also eine größere Unabhängigkeit von Saudi-Arabien und Venezuela.

Eine Kontrolle über die irakischen Ölfelder lässt sich für die USA aber nur durch den Sturz von Saddam

erreichen. Das irakische Regime hat in den letzten Jahren eine Reihe von Vorverträgen mit französischen, russischen, chinesischen, italienischen, indischen und algerischen Konzernen zur Ausbeutung der Ölfelder abgeschlossen. Diese kommen größtenteils aufgrund des Wirtschaftsembargos bisher nicht zum Tragen. Amerikanische und britische Konzerne blieben außen vor. Der Irak betreibt seinen Ölhandel symbolisch in Euro.

Die Sichtweise der USA ist klar: Saddam blockiert den Weg zum irakischen Öl. Gleichzeitig hat die irakische Opposition erklärt, dass sie sich nicht an diese Verträge gebunden sieht, wenn sie die Macht übernehmen sollte. Die Perspektiven nach einem Regimewechsel in Bagdad sind für den US-Kapitalismus verlockend: ein amerikafreundliches Regime könnte die Ölindustrie privatisieren, eventuell sogar aus der OPEC austreten und großen Druck auf den Ölpreis ausüben. Die Financial Times Deutschland hält einen Fall des Barrepreises auf zehn Dollar für möglich, was faktisch das Ende der OPEC bedeuten würde.

Konflikte

Diese unterschiedliche wirtschaftliche Stellung der verschiedenen imperialistischen Mächte hinsichtlich des irakischen Öls bedeutet unterschiedliche Interessen und ist die materielle Basis für die Konflikte zwischen diesen Ländern und den USA über die Frage eines Angriffs auf den Irak. Die Herrschenden in Frankreich, Deutschland, Russland, China erkennen die unkalkulierbaren Folgen eines Krieges gegen den Irak. Dass sie diese Erkenntnis gewonnen haben und sie ihre Politik bestimmt, basiert aber direkt auf den von den USA divergierenden ökonomischen und politischen Interessen. Auch hier behält Marx Recht: Das Sein schafft das Bewusstsein.

Ein weiterer entscheidender Faktor sind die Antikriegsbewegungen und die Massenstimmungen gegen Krieg. Vor allem in Frankreich und Deutschland spielen diese eine wichtige Rolle bei der Haltung der Schröder- und Chirac-Regierung. Konfrontiert mit enormem Unmut über die soziale Situation, wollen diese Regierungschefs nicht noch an einer zweiten Front mit der Mehrheit ihrer Bevölkerung in den Konflikt geraten.

Für die anderen Staaten ist klar: gewinnen die USA den Krieg gegen den Irak, werden sie auch der alleinige ökonomische Sieger sein und die Ausbeutung der irakischen Ölfelder organisieren. Das bedeutet allerdings nicht, dass die anderen imperialistischen Staaten ihre Opposition gegen einen Irak-Krieg aufrechterhalten müssen. Die ökonomischen und politischen Interessen sind komplex. Ökonomische Abhängigkeiten bestehen nicht zuletzt zu den USA. Russland will mehr Erdöl in die USA ver-



„Die Democratic Socialist Movement (CWI in Südafrika) in Johannesburg ist Teil der Anti-Kriegs-Koalition und mobilisiert für die internationale Demonstration am 15. Februar. Zu unseren Mobilisierungsaktionen gehören Proteste vor Exxon-Mobil und der US-amerikanischen und israelischen Botschaft. Auch in Durban und Kapstadt sind wir Teil von Antikriegsbündnissen. Unsere jungen Mitglieder in der Socialist Students Movement organisieren unter anderem Antikriegskonzerte. Am 15. Februar werden wir eine Sonderausgabe unserer Zeitung Izwi La Basebenzi herausbringen.“

Weizmann Hamilton, DSM Südafrika

(Weizmann Hamilton ist Redner bei den Sozialismustagen 2003 vom 18. bis 20.4. in Berlin)

kaufen und ein großer Teil der chinesischen Waren werden in die USA geliefert. Dazu kommt, dass die USA gerade unverhohlene Angebote an die Franzosen und Russen macht, an der Ausbeutung der irakischen Ölfelder nach einer Regimewechsel in Bagdad beteiligt zu werden.

James Woolsey, ein früherer Direktor der CIA, sagte zum Beispiel: *„Frankreich und Russland haben Ölfirmen und Interessen im Irak. Man sollte ihnen sagen, dass wenn sie behilflich sind eine vernünftige Regierung im Irak einzusetzen, wir unser Bestes geben werden, damit die neue Regierung und US-Unternehmen eng mit ihnen zusammen arbeiten werden.“*

Kriegsverlauf

Die Folgen eines Krieges sind genauso wenig exakt vorherzusagen, wie der Kriegsverlauf selber. Die USA werden diesen Krieg gewinnen. Die Frage ist nur: wie? Wie lange wird es dauern? Wie viele Opfer wird es geben? Wie groß werden die wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen sein, die der Krieg zwangsläufig auslösen wird?

Kriege werden nicht nur militärisch gewonnen. Das Bewusstsein in der Bevölkerung, der Kampfes- und Verteidigungswille, die soziale Basis der kämpfenden Mächte in ihrer eigenen Bevölkerung, die Moral der Truppe sind wichtige Faktoren für einen Kriegsverlauf.

Die irakische Armee ist zweifellos um ein Vielfa-

7 ein sozialistisches Programm gegen den Krieg

ches stärker als die Taliban-Einheiten. Im Irak stehen Massen unter Waffen und die Armee verfügt über schweres Geschütz. Auch können die USA auf keine Bodentruppen zurückgreifen, wie sie die Nordallianz in Afghanistan darstellten. Der Krieg wird alles andere als ein Spaziergang für die US-Armee werden. Vor allem wenn es um die Einnahme von Städten geht, müssen die USA mit erheblichen eigenen Verlusten rechnen.

Andererseits ist die irakische Armee nur noch ein Schatten der Armee von 1991. Das Land liegt durch das zehnjährige Embargo am Boden, die Menschen sind verzweifelt und kämpfen um das tägliche Überleben. Das sind keine guten Voraussetzungen für Widerstand gegen den US-Angriff. Man kann zwar davon ausgehen, dass Saddam eine größere Unterstützung in der irakischen Bevölkerung genießt, als die Taliban in Afghanistan genossen. Aber ohne vor Ort zu sein, kann man Saddams soziale Basis kaum genau einschätzen. Der Hass auf die USA ist sicher groß, aber es könnten sich auch Stimmungen entwickeln, die sagen, dass Saddam ein Diktator ist und es dem Volk nach einem Regimewechsel besser gehen würde, weil dann die Sanktionen wegfielen.

Es ist nicht vorher zu sagen, wie lange der Krieg dauern wird. Es spricht aber einiges dafür, dass er länger dauern wird, als der Golfkrieg 1991 oder der Krieg gegen die Taliban im letzten Jahr.

Wirtschaftliche Folgen

Je länger der Krieg dauern wird, desto höher wird der Ölpreis steigen und desto tiefer würde die Weltwirtschaft in die nächste Rezession gezogen. Die bürgerlichen Zeitungen sind voll von Kommentaren, die verschiedenste Schreckensszenarien für die Weltwirtschaft entwerfen.

So schrieb die FAZ: *„Im ungünstigsten Szenario hingegen werden der Irak und vielleicht sogar, was nicht allein der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak befürchtet, der gesamte Nahe Osten in ein Chaos gestürzt. Der Ölfluss stoppte, die Ölmultis würden aus der Region vertrieben, und bei Preisen von 50 Dollar für ein Fass Öl stürzte die Weltwirtschaft in eine Rezession.“* Die Financial Times Deutschland führte aus, dass der Verlust des saudischen Öls den Rohölpreis auf 75 Dollar pro Barrel ansteigen lassen könnte, was wiederum die weltweite Wirtschaftsleistung zwei Prozentpunkte geringer ausfallen ließe.

Antikriegsbewegung

Die politischen Folgen eines Krieges gegen den Irak sind nicht abzuschätzen. Ein Flächenbrand im ganzen Nahen Osten, der Sturz der saudischen und ägyptischen Regierungen und eine Eskalation der

Konfliktes zwischen Israel und Palästina bis hin zum Einsatz der Atombombe durch Israel sind nicht auszuschließen.

Sicher wird es zu einer Massenbewegung der arabischen Bevölkerung kommen, die die Region in ihren Grundfesten erschüttern wird. Auch die westlichen imperialistischen Staaten werden von massenhaften Antikriegsbewegungen ergriffen werden.

Wir stehen vor der größten Radikalisierung und Politisierung der Gesellschaft seit über zehn Jahren. Eine neue Generation von Jugendlichen wird sich aktivieren. Die Demonstrationen in Großbritannien und Italien der letzten Wochen waren nur ein Vorgeschmack auf das, was bevorsteht. Dies gilt umso mehr, sollte der Krieg länger dauern und viele Todesopfer fordern.

Schluss mit den Sanktionen!

„Stell Dir eine Waffe vor, die selektiv Babies, Alte, Kranke und Hilflose tötet – diese Waffe sind die Sanktionen.“

Die Sanktionen gegen den Irak wurden 1991 von der UNO beschlossen. Gemeinsam mit den Kriegsfolgen und den häufigen Bombardierungen bei US-amerikanischen und britischen Angriffen in den Flugverbotszonen sind die Sanktionen hauptverantwortlich für die katastrophale soziale Lage im Irak.

Nach unterschiedlichen Schätzungen sind zwischen einer und 1,5 Millionen Menschen an den Folgen der Sanktionen gestorben, darunter 500.000 Kinder. Monatlich sterben in irakischen Krankenhäusern 5.000 Kinder. Während der Irak noch 1991 eine relativ niedrige Kindersterblichkeitsrate hatte, so hat es heute die höchste der Welt. Das liegt vor allem daran, dass aufgrund der Sanktionen lebenswichtige Medikamente nicht die Krankenhäuser erreichen.

Seit 1995 gibt es das „Öl-für-Lebensmittel“-Programm, nach dem der Irak eine bestimmte Menge Erdöl verkaufen darf und dafür unter UNO-Aufsicht Waren importieren darf. Über diese Importe wacht ein von den USA und Großbritannien dominiertes Sanktionskomitee, das jeden einzelnen Kauf genehmigen muss. Sogenannte Dual-Use-Produkte werden oftmals abgelehnt. Damit sind Produkte gemeint, deren Inhaltsstoffe möglicherweise für militärische Zwecke genutzt werden können. Darunter fallen unter anderem Bleistifte und verschiedene Medikamente.

Von den Einnahmen aus den Ölverkäufen muss der Irak einen Entschädigungsfonds der UNO und die Kosten der UNO für die verschiedenen Irak-Missionen tragen. Bisher sind nur 25 Prozent der Öleinnahmen im Irak gelandet.

Dennis Halliday, ehemaliger UN-Beauftragter im Irak, sagte schon vor Jahren: *„Wir sind dabei eine ganze Gesellschaft zu zerstören ... es ist illegal und unmoralisch.“* Die Sanktionen sind eine stille Massenvernichtungswaffe. Sie gehören abgeschafft.



Saddam made in USA & Germany

Das einzig konstante an der Politik des Westens gegenüber dem Irak ist die Orientierung am maximalen Profit. Saddam Hussein könnte nicht als massenvernichtungswaffenstrotzendes Monster präsentiert werden, wenn er nicht eine zeitlang für Bushs Vorgänger sehr nützlich gewesen wäre. Auch deutsche Firmen – geduldet von der Regierung – verdienten daran, den Irak aufzurüsten.

Während des ersten Gokrieges von 1980 bis 88 zwischen Iran und Irak, der eine Million Todesopfer forderte, unterstützten die USA den Irak finanziell und militärisch. Nach einem Bericht des US-Senats von 1994 lieferten amerikanische Firmen Saddam von 1985 bis 89 – „wenn nicht früher“ – in „Übereinstimmung mit dem Reglement für Exporterlaubnisse des Handelsministeriums“ teilweise reproduktionsfähige Mikroorganismen für B-Waffen, unter anderem auch Anthrax-Bazillen.

Neben Exportsubventionen in Millionenhöhe gab es offene und verdeckte Kredite, wodurch sich Irak Anlagen und Ausgangsstoffe für Massenvernichtungswaffen beschaffen konnte (Chemiekalien für C-Waffen, Ausrüstung für ein Nuklearwaffenprogramm und so weiter).

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Aber auch deutsche Firmen waren beim Geschäft mit den Massenvernichtungswaffen gut vertreten: „Sauerkraut-Allee“ nannten die Inspektoren der UNO einen Komplex der Waffenfabrik Muthalla, da dort massenweise deutsche Lieferungen für die Ausrüstung gesorgt hatten. Vor allem in der Zeit vor 1990 wurde der Handel ohne große Intervention aus Bonn abgewickelt. Das Landgericht Münster stellte in einem Verfahren wegen Verstoßes gegen Exportvorschriften fest: *„Die Angeklagten konnten den Eindruck haben, dass die Exekutive – möglicherweise aus politischen Gründen – die Augen verschloss“*.

Medico International zufolge verdienten deutsche Unternehmen allein von 1982 bis 86 umgerechnet 625 Millionen Dollar, unter anderem durch die Lieferung von Anlagen, mit deren Hilfe Giftgas in größerem Ausmaß herstellbar wurde.

Nach Angaben der taz enthielt auch der 12.000 Seiten dicke Bericht des Irak an die UNO über Massenvernichtungswaffen Hinweise auf über 80 deutsche Firmen, darunter MBB, Daimler-Benz, MAN, H&H Metalform, Degussa und Siemens. In manchen Fällen sei die Zusammenarbeit bis 2001 weiter gegangen.

Warum war Saddam Hussein damals der Gute?

Damals befürchtete der Westen eine Ausbreitung der revolutionären Bewegung im Iran. Diese Bewegung hatte den Schah, die Marionette des Westens 1979 gestürzt, und war dann von Khomeini

und dem islamistischen Klerus vereinnahmt und übernommen worden. Um nicht die Kontrolle über Öl in der Region zu verlieren, rüsteten die westlichen Staaten den Irak auf, der 1980 aus Angst um eigene Einfluss-Sphären den Krieg gegen den Nachbarstaat begonnen hatte.

Der heutige US-Verteidigungsminister Rumsfeld, der ab 1982 Sonderbeauftragter für den Mittleren Osten unter dem damaligen Präsidenten Reagan war, setzte seinerzeit die Wende in der US-Politik zur Unterstützung Saddams im „gemeinsamen“ Kampf gegen den Iran durch. Auch der damalige Vizepräsident George Bush senior, der damalige General Colin L. Powell, der höchste Offizier, Staatssekretär Richard Perle und viele andere von denen, die heute am meisten hetzen, waren damals dem Diktator vom Golf noch wohlgesonnen.

Auch der Giftgasangriff auf das kurdische Dorf Halabja im März 1988, bei dem 5.000 irakische KurdInnen starben, war – wenn auch offiziell von der US-Regierung verurteilt – kein Grund, die Unterstützung für den Irak zu stoppen. Das geschah erst, als Saddam Hussein 1990 in Kuwait einmarschierte und damit die Kontrolle über 20 Prozent der weltweit bekannten Ölreserven gehabt hätte.



„Die meisten Menschen in Schweden sind gegen einen Krieg, auch bei einem UN-Mandat. Mitglieder der Sozialistischen Gerechtigkeitspartei (schwedische CWI-Sektion) beteiligen sich unter anderem an der Kampagne „SchülerInnen gegen den Krieg“, die Antikriegskomitees in Schulen aufbaut und Schülerstreiks vorbereitet. Eine Aktion waren „Waffeninspektionen“ bei Schiffahrtsgesellschaften, die Waffen in die Golfregion transportieren.“

Liv Rhodin (Stadträtin für die Sozialistische Gerechtigkeitspartei in Lulea, Schweden)



Friedensstifter UNO?

190 Länder sind Mitglied der Vereinten Nationen (UNO). In 152 von diesen Ländern kommt es laut amnesty international (Quelle: Jahresbericht 2002) zu Menschenrechtsverletzungen. In einem bedeutenden Teil dieser Staaten wird gefoltert und gemordet. Im Rahmen der Uno als Vereinigung der Regierungen der Länder werden im Interesse der Herrschenden Absprachen getroffen.

Dabei haben aber nur formell alle Länder das gleiche Gewicht. Ob die UNO gegen Länder vorgeht, hängt von der Interessenslage der Großmächte, speziell der USA ab.

Die eigentliche Macht hat nicht die Vollversammlung, in der alle Länder zusammen kommen. Entscheidend ist das Gremium des Sicherheitsrates. Dort haben die Länder mit ständigem Sitz (die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China) das Sagen. Diese Staaten können durch ein Veto Entscheidungen ganz verhindern. Davon haben gerade die USA in der Vergangenheit reichlich Gebrauch gemacht.

Die ökonomische Macht der USA zwingt zudem auch die anderen Sicherheitsrat-Mitglieder in die Knie. Länder wie Russland und China sind wirtschaftlich erpressbar. Aber auch Großbritannien und Frankreich können sich dem Druck der amerikanischen Banken und Konzerne kaum entziehen.

Ob dann Resolutionen der Uno eingehalten werden, ist abhängig von den Interessen der Herrschenden. Unzählige Resolutionen fordern die israelische Armee seit 1967 dazu auf, die besetzten Gebiete Palästinas zu räumen, ohne dass dem Folge geleistet würde. Keine US-Regierung hat bisher vorgeschlagen, deshalb Israel anzugreifen oder Waffeninspektoren auf die Suche nach den (vorhandenen) Atomwaffen zu schicken. Letztendlich kann die UNO aber auch gar nicht selbstständig handeln. Sie legitimiert nur ihre Mitgliedsstaaten oder Teile von ihnen, Soldaten zu entsenden oder sonst wie tätig zu werden.

Immer wieder wird der Ruf nach der UNO laut, um einen Krieg zu verhindern. Leider nicht nur seitens der Regierung sondern auch aus den Reihen der Friedensbewegung. Die UNO ist aber nicht die Versammlung der Völker dieser Welt sondern nur der Herrschenden in und über diese Welt. Ein Blick in die Geschichte beweist, dass alle Hoffnungen in die UNO pure Illusion sind. Nach dem I. Weltkrieg wurde 1919/20 der Völkerbund gegründet. Sein erklärtes Ziel war die „Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“ (aus der Präambel des Völkerbundes).

25 Jahre und einen Weltkrieg später, traf man sich wieder und gründete 1945 die UNO. Die Präambel der UNO beginnt mit den Worten: „Wir, die Völker der vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, ...“. Fest entschlossen sei man auch, „Duldsamkeit zu üben und als



Kriege lassen sich verhindern. Dazu muss eine starke Anti-Kriegs-Bewegung und eine starke sozialistische Arbeiterbewegung aufgebaut werden.

gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben“. Heute, 57 Jahre und ungefähr 200 Nachkriegs-Kriege später, soll die UNO immer noch der Welt ihren Frieden bringen – wenn es sein muss mit Krieg, versteht sich. Falls es einen Weg gibt, Frieden in der Welt herzustellen, dann geht er bestimmt nicht durch die Versammlung der Staaten, die seit über hundert Jahren Kriege führen, rüsten, und die Welt in eine große Waffenkammer verwandelt haben.

SozialistInnen sagen das nicht erst seit heute, sondern schon zur Zeit der Gründung des Völkerbundes. In den Bedingungen für die Aufnahme in die 1919 gegründete Kommunistische Internationale heißt es unter Punkt 6: „Jede Partei, die der III. Internationale angehören will, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Falschheit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, dass ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationales Schiedsgericht, keinerlei Gerede von Einschränkungen der Kriegsrüstungen, keinerlei 'demokratische' Reorganisation des Völkerbunds imstande sein wird, die Menschheit vor neuen imperialistischen Kriegen zu bewahren.“

Die UNO ist also einerseits ein Gremium, in dem die Herrschenden versuchen, sich zu arrangieren und ihre Profit- und Machtinteressen abzustimmen. Andererseits ist sie ein Versuch, eine zusätzliche, höhere Rechtfertigung zu schaffen. Ein einzelner Gangster versucht, sich durch die Versammlung aller Gangster moralisch zu legitimieren.

Kriege werden so nicht verhindert. Dazu muss eine starke Antikriegsbewegung und eine starke sozialistische Arbeiterbewegung aufgebaut werden.



Schröder und der Krieg

Schröder sagt Nein zum Irak-Krieg. Mit diesem Nein hat er die Bundestagswahlen gewonnen. Doch man sollte Menschen, und vor allen Dingen PolitikerInnen, an ihren Handlungen und nicht an ihren Äußerungen messen. Unter der rot-grünen Bundesregierung ist die Bundeswehr nach 1998 in alle Teile der Welt geschickt worden.

Heute stehen deutsche Soldaten in Afghanistan, auf dem Balkan, am Horn von Afrika, in Kuwait und anderswo. Nur die USA haben mehr Truppen weltweit stationiert. Deutschland hat sich an den Angriffskriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan beteiligt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind Kriegsparteien. Damit verteidigen sie die Interessen der deutschen Banken und Konzerne. Diese wollen weltweit auch militärisch für den Zugang zu Rohstoffen, billigen Arbeitskräften und Märkten kämpfen können. In den wehrpolitischen Richtlinien steht das deutlich: *„Auf der Grundlage dieser Werte verfolgt Deutschland seine legitimen nationalen Interessen (...). Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“* (Im Entwurf fehlte die Formulierung von der „gerechten Weltordnung“, die später eingeführt wurde, damit der Text nicht zu brutal klingt)

Die Bundesrepublik mischt wieder mit: war sie über Jahrzehnte wirtschaftlicher Riese und politisch/militärischer Zwerg, so holt sie seit der Vereinigung von BRD und DDR in Riesenschritten auf dem politischen und militärischen Gebiet auf. Globalisierung und wirtschaftliche Krise machen das dringend nötig. Dabei orientiert sich das deutsche Kapital eher nach Osteuropa (siehe Makedonien), als zum Nahen Osten.

Deshalb werden neue Rüstungsprojekte beschlossen. Deshalb wird die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgebaut.

Warum dann das Nein zum Irak-Krieg? Erstens handelt es sich eher um ein „Jein“. Denn während zwar gegen den Krieg gesprochen wird, werden die USA praktisch massiv unterstützt. Tausende Bundeswehrsoldaten schützen die US-Kasernen in der Bundesrepublik, anstatt dass diese geschlossen würden. Auch die Überflugrechte werden der US-Armee garantiert. Deutsche Soldaten sollen in den AWACS-Aufklärern über der Türkei zum Einsatz kommen und die Truppen aus Kuwait und vom Horn von Afrika werden nicht abgezogen. Auch das größere Engagement in Afghanistan ist eine Entlastung für die US-Armee, die so Kräfte für den Irak-Feldzug freisetzen kann.

Die Basis der ablehnenden Haltung der Bundesregierung zum Irak-Krieg sind die unterschiedlichen wirtschaftlichen und machstrategischen Interessen Deutschlands und der USA. Diese sind Konkurren-

ten auf dem Weltmarkt. Deutschland hat kein Interesse daran, dass die USA ihre weltweite Dominanz weiter ausdehnen. An einem Krieg werden deutsche Banken und Konzerne nicht viel zu verdienen haben. Nach einem US-Sieg würde die Neuordnung der Region unter Kontrolle der US-amerikanischen und britischen Firmen vollzogen. Die Sorge vor den negativen Folgen überwiegt. Hinzu kommt die massenhafte Stimmung gegen den Krieg in der deutschen Bevölkerung und die wachsende Antikriegsbewegung. Um seinen Kopf zu retten, legte sich Schröder vor den Bundestagswahlen auf ein Nein zum Krieg fest. Nun will er sein Gesicht wahren und lässt sich von der Antikriegsbewegung weiter treiben.

Allerdings gibt es keine Garantie dafür, dass die Bundesregierung bei ihrer Haltung bleibt. Die USA sind nicht nur Konkurrent, sondern auch Partner bei der Aufrechterhaltung der imperialistischen Weltordnung. Ebenso bestehen wirtschaftliche Abhängigkeiten. Aus Sicht der deutschen Kapitalisten ist Schröder mit seiner provokanten und kompromisslosen Haltung zu weit gegangen, hat das deutsch-amerikanische Verhältnis zu großen Schäden genommen. Ein Kurswechsel ist nicht ausgeschlossen. Sollten zum Beispiel „erdrückende Beweise“ für irakische Massenvernichtungswaffen vorgelegt (sprich: konstruiert) werden, sollten terroristische Anschläge in den USA oder Europa auf den Irak zurückgeführt werden oder sollte der Irak Israel mit Mittelstreckenraketen angreifen, könnte sich die deutsche Haltung vor oder während eines Krieges ändern.

Sozialismus-Tage 2003:

Gegen Krieg, Krise und Kapitalismus

Vom 18. bis 20. April bietet die SAV eine Plattform für Theorie und Praxis für den globalen Widerstand.

Im Jugendzentrum Pumpe, Berlin, Lützowstr. 42, finden die Sozialismustage 2003 statt. Mit internationalen RednerInnen, Debatten über die Anti-Kriegs-Bewegung, die Krise des Kapitalismus und eine sozialistische Alternative bieten sie einen wichtigen Austausch für AktivistInnen aus der Antiglobalisierungsbewegung, aus Betrieben und Gewerkschaften, der Anti-Kriegs-Bewegung...

Das Ganze kostet für das gesamte Wochenende inklusive Fahrt, Verpflegung und Übernachtung 60 Euro, Tageskarten 6 (Solipreis 10) Euro, alle 3 Tage 10 (Solipreis 20) Euro.

Jetzt anmelden unter:

Tel. (030) 24 72 38 02 oder www.sozialismustage.de



Wie kann der Krieg gestoppt werden?

Die Bewegung gegen den drohenden Krieg gegen den Irak hat schon Millionen von Menschen auf der ganzen Welt mobilisiert, trotzdem rollt Bushs Kriegsmaschinerie weiter.

Wie kann die Anti-Kriegs-Bewegung erfolgreich sein? Wie kann sie größer und wirksamer werden?

Hinter den vergangenen Kriegen (gegen Serbien oder Afghanistan) und dem drohenden Krieg (gegen Irak) standen die wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der Herrschenden in den westlichen Industriestaaten.

Die vordergründige Anti-Kriegs-Haltung der Bundesregierung ist einerseits Ausdruck der Interessen des deutschen Kapitals, die nicht mit den Interessen des US-amerikanischen Kapitals deckungsgleich sind. Andererseits gibt es gemeinsame Interessen (zum Beispiel Aufrechterhaltung der imperialistischen Weltordnung) und Abhängigkeiten von den USA (die USA waren in den letzten Jahren der einzige Motor der Weltwirtschaft).

Die Bundesregierung hat ihr politisches Schicksal mit der Ablehnung des Krieges verknüpft und hofft darauf, dass Bush doch noch von seinen Kriegsplänen abrückt, der Irak-Konflikt eine andere Lösung findet (zum Beispiel durch eine Palastrevolte in Bagdad) und sie so ihr Gesicht wahren kann.

Während Schröder einerseits medial weiterhin ablehnt, einen Krieg gegen Irak zu unterstützen, und eine Zustimmung im UNO-Sicherheitsrat ausschließt, macht er gleichzeitig alles, um seine „amerikanischen Freunde“ bei der konkreten Kriegsführung zu unterstützen: die US-Kasernen in Deutschland werden von tausenden Bundeswehrsoldaten geschützt, deutsche Drohnen erkunden den Irak, die Truppen in Kuwait sollen nun doch zum Einsatz kommen.

Die Haltung Berlins ist: von diesem Krieg haben wir nichts, wenn er aber geführt wird, leisten wir keinen Widerstand, beteiligen uns bescheiden und sind kriegsbereit für die Zukunft. Das ist keine Anti-Kriegs-Haltung. Sie täuscht die Bevölkerung, die in ihrer



CWI-Mitglieder in Belgien protestieren gegen die Anwesenheit von US-Militär in St. Niklaas. Die belgische Antikriegsbewegung richtet sich unter anderem gegen die Nutzung des Antwerpener Hafens durch das US-Militär. CWI-Mitglieder sind auch aktiv in der Kampagne „GewerkschafterInnen gegen Krieg“.

großen Mehrheit diesen Krieg nicht will. Damit bleiben Schröder und Fischer sich selber treu, schließlich haben sie Deutschland zu dem Staat gemacht, der nach den USA die zweitmeisten Soldaten in Auslandseinsätzen hat.

Um erfolgreich zu sein, muss die Anti-Kriegs-Bewegung, diejenigen treffen, die Krieg führen. Für die Anti-Kriegs-Bewegung in Deutschland bedeutet das: Bundesregierung und deutsche Banken und Konzerne. Ohne aus den Augen zu verlieren, dass der US-Imperialismus zur Zeit der Kriegstreiber Nummer Eins ist, sollte die Anti-Kriegs-Bewegung in Deutschland ihren Blick auch auf den „eigenen“ Imperialismus richten.

Streiks sind wirksam

Wie können Regierung und Kapital getroffen werden? Durch Massendemonstrationen, direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Militäreinrichtungen und vor allem durch Streiks der arbeitenden Bevölkerung. Der Gott der Banker und Großaktionäre ist der Profit. Dieser muss getroffen werden, wenn in der kapitalistischen Gesellschaft etwas erkämpft werden soll.

Aus dieser Überlegung ergibt sich, dass die Anti-Kriegs-Bewegung an Stärke und sozialer Macht gewinnt, wenn sie sich mit den Kämpfen der abhängig Beschäftigten gegen Lohndrückerei, Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten verbindet. Die erfolgreichste Anti-Kriegs-Bewegung der Geschichte war die Oktoberrevolution in Russland, die dem Ersten Weltkrieg ein Ende setzte.

Erste Forderungen nach symbolischen Streikaktionen in Betrieben sind in den Gewerkschaften schon laut geworden. Lokführer in Schottland haben sich zum Beispiel geweigert Kriegsmaterial zu befördern.

Auf diesen Ansätzen könnte eine innergewerkschaftliche Kampagne aufbauen, die Druck auf die Gewerkschaftsführung für Massenmobilisierungen und Streikaktionen gegen Sozialabbau und Krieg ausübt.

Das bedeutet dann aber, dass mit Vertretern des Kapitals keine effektive und erfolversprechende Anti-Kriegs-Politik zu machen ist. Also: die Gewerkschaften in die Pflicht nehmen und sie zum Teil der Anti-Kriegs-Bewegung machen! Keine Anbiederung an SPD und Grüne, die selber Kriegsparteien sind und den sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zuwider handeln!

Bündnisse

Aber ist das keine Ausgrenzungspolitik, die verhindert, dass die Anti-Kriegs-Bewegung breit wird? „Breite“ bedeutet Masse, Masse bedeutet die Arbeiterklasse und die Jugend zu mobilisieren, denn sie macht die große Mehrheit der Gesellschaft aus. ArbeiterInnen lassen sich leichter zu Streiks gegen den Krieg mobilisieren, wenn sie verstehen, dass sie dieser Krieg angeht und sie davon betroffen sind – unter anderem, weil mehr staatliche Gelder in den Militärapparat gesteckt werden und dafür die Löhne nicht erhöht werden und Sozialleistungen gestrichen werden.

Das bedeutet nicht, dass Anti-Kriegs-Bündnisse ein antikapitalistisches Programm annehmen sollten. Sie sollten aber von folgenden Forderungen ausgehen:

- Stoppt den Krieg gegen den Irak – ob mit oder ohne UNO-Mandat
- Nein zu jeglicher direkter oder indirekter Beteiligung Deutschlands: Luftraum sperren, US-Militärbasen schließen; keine deutschen Soldaten in den AWACS-Flügen einsetzen; Bundeswehr aus Kuwait und vom Horn von Afrika abziehen
- Nein zur Diskriminierung von Menschen aus dem arabischen Raum und zu jeglichem Rassismus
- Gegen den Abbau demokratischer Rechte
- Arbeit und Bildung statt Rüstung und Krieg

Auf der Basis der Unterstützung solcher Forderungen, die eine eindeutig kritische Haltung zur Bundesregierung darstellen, sollten SPD- und Grünen-Mitglieder und -Gliederungen in Anti-Kriegs-Komitees willkommen sein.

Die Anti-Kriegs-Bewegung ausschließlich auf einem „Nein“ zu diesem Irak-Krieg aufzubauen, scheint auf den ersten Blick erfolgversprechender, weil dieser Aussage mehr Menschen zustimmen können. Doch das ist sehr kurzfristig gedacht – und noch dazu falsch. Es gibt eben Kräfte, die aus den falschen Gründen gegen diesen Krieg sind, aus Interessen, die nicht die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung sind. Dazu gehören Spitzenpolitiker von SPD und Grünen, deutsche Kapitalisten, reaktionäre CSU-Politiker wie Peter Gauweiler und der Papst. Solche Kräfte würden die Anti-Kriegs-Bewegung schwächen, weil sie Druck ausüben würden, auf Streiks und Blockaden von Militäreinrichtungen zu verzichten und die soziale Frage nicht aufzugreifen.

Der Irak-Krieg wird, wenn wir sie nicht stoppen, leider nicht der letzte Krieg sein, den die Mächtigen der Welt führen werden, bevor sie entmachtet werden. Die Bewegung gegen den Irak-Krieg muss zu einer dauerhaften Widerstandsbewegung gegen Krieg und Militarismus werden. Wenn heute Leute wie Schröder und Fischer in der Bewegung akzeptiert werden, gesteht man ihnen eine politische und moralische Autorität zu, die sie längst verspielt haben. Dies würde Bewegungen gegen Kriege, an denen diese Regierung wieder direkt und offen teilnehmen

wird, erschweren – so wie die Anti-Kriegs-Bewegung 1999 gegen den Balkan-Krieg schwach war, weil viele dachten, dass an den pseudo-humanistischen Argumenten des Joseph Fischer doch etwas dran sein müsse. Vertrauen wir auf unsere Kraft und auf die Kraft der Millionen ArbeitnehmerInnen, Erwerbslosen und Jugendlichen!



Wie weiter für die Antikriegsbewegung?

- Für den Aufbau von Antikriegskomitees in Betrieben, Lehrwerkstätten, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.
- Für den Aufbau von Jugend gegen Krieg – Gruppen in allen Städten.
- Für den Aufbau von Antikriegsgruppen in Gewerkschaften und bei Attac.
- Für eine innergewerkschaftliche Kampagne für Streikaktionen gegen den drohenden Krieg.
- Für Massenblockaden von Militäreinrichtungen und Transportwegen.
- Für betriebliche Streiks und Jugendstreiks am Tag X. Gemeinsame Demonstrationen von ArbeitnehmerInnen, SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden!
- Für wöchentliche Montagsdemonstrationen um 18.00 Uhr in allen Städten nach einem möglichen Kriegsbeginn.
- Für eine bundesweite Großdemonstration am Samstag nach dem Kriegsbeginn.
- Für die Einberufung eines von Gewerkschaften, Attac und Antikriegsbewegung getragenen bundesweiten Antikriegskongresses zur Debatte über die weitere Strategie der Antikriegsbewegung.
- Für die internationale Solidarität der arbeitenden und ausgebeuteten Menschen gegen Armut, Unterdrückung, Terror und Krieg.
- Für den Aufbau einer politischen Alternative zu Bush, Blair und Schröder: Für neue sozialistische Arbeiterparteien international! Für den Aufbau einer neuen sozialistischen Internationale der ArbeiterInnen und Jugendlichen!

Ein sozialistisches Programm gegen den Krieg

- Nein zum Krieg – egal ob mit oder ohne UNO-Mandat! Kein Blut für Ölprofite!

Dieser Krieg dient nicht der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen oder dem Kampf für demokratische Rechte, sondern den wirtschaftlichen und machstrategischen Interessen des US-Imperialismus.

- USA und Nato raus aus dem Nahen Osten

Die weltweite militärische Präsenz der USA und anderer westlicher imperialistischer Staaten dient zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Ausbeutung der halbkolonialen Länder der sogenannten „3. Welt“. Rüstung und Krieg sind die eine Seite der kapitalistischen Globalisierung – IWF-Strukturanpassungsprogramme, Superausbeutung von ArbeiterInnen in Sweatshops etc. die andere.

- Sofortige Aufhebung der Sanktionen gegen das irakische Volk

Die Sanktionen sind „stille Massenvernichtungswaffen“. Sie treffen nicht den Diktator Saddam und sein Regime, sondern die Masse der irakischen Bevölkerung. Über eine Million IrakerInnen, darunter 500.000 Kinder, mussten in den letzten zehn Jahren an den Folgen der Sanktionen sterben. Für die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright war das ein Preis, „der sich zu zahlen lohnt“. Für uns ist es eines der schrecklichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte.

- Für den Sturz des Saddam-Regimes durch die arbeitende Bevölkerung des Irak und aller anderen Diktaturen in der Region

Mit dem Krieg wird auch wieder die Propagandamaschine angeworfen und wir werden täglich über die Gräueltaten von Saddam Hussein informiert und die Gefahr, die von seinen Massenvernichtungswaffen ausgehen. Dabei wird nicht erwähnt werden, dass Saddam bis 1990 vom Westen unterstützt wurde. Saddam ist ein Diktator und er gehört gestürzt. Doch das ist die Aufgabe der arbeitenden Bevölkerung, der Bäuerinnen und Bauern und der Jugend im Irak. Nur sie können demokratische Rechte und sozialen Fortschritt erkämpfen. Der westliche Imperialismus wird im Irak ein abhängiges Regime einsetzen, welches nicht dem irakischen Volk, sondern den amerikanischen Ölkonzernen dienen wird. SozialistInnen stehen in diesem Krieg auf der Seite des irakischen Volkes, nicht auf der Seite des Saddam-Regimes. Dieses untergräbt durch seinen diktatorischen Charakter und die von ihm ausgeübte Ausbeutung des eigenen Volkes die Widerstandskraft gegen den US-Imperialismus. Der Sturz des Saddam-Regimes ist eine notwendige Voraussetzung, um den US-Angriff zurückzuschlagen. Der Krieg wird nur zu stoppen sein, wenn Massenbewegungen im Irak und der arabischen Welt mit Massenbewegungen in den USA und Europa zusammen kommen.

- Statt weltweit Milliarden für Rüstung: Milliarden für die Beseitigung von Hunger und Elend

- Schluss mit der Unterdrückung des palästinensischen Volkes und aller unterdrückten Völker. Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker

- Für ein sozialistisches Israel und ein sozialistisches Palästina in einer freiwilligen sozialistischen Föderation des Nahen Ostens.

Die Bundesregierung unterstützt den Krieg gegen den Irak logistisch. Deutschland war in der Vergangenheit an Kriegen beteiligt und wird es wieder sein. Deshalb gilt unser Widerstand nicht nur dem US-Imperialismus, sondern auch dem deutschen Imperialismus und Militarismus.

- Keine Hilfe für Bushs Krieg: Luftraum sperren, US-Militärbasen schließen, Rückzug aller deutschen Truppen aus Kuwait und anderswo, kein Einsatz deutscher Soldaten in den AWACS

Die Opposition von Schröder gegen den Krieg ist heuchlerisch. Die Bundesregierung ist längst Kriegspartei durch ihre praktische Unterstützung des Krieges.

- Nein zu allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Deutschland will wieder weltweit für seine wirtschaftlichen und politischen Interessen militärisch eintreten können. Der Einsatz von über 10.000 Bundeswehrsoldaten in aller Welt dient nicht der Aufrechterhaltung von Frieden und Demokratie, sondern der Aufrechterhaltung einer ungerechten und imperialistischen Weltordnung und einer vermeintlichen Stabilität, die nur den Konzernen dazu dienen soll, stabile Geschäfte zu machen.

- Abrüstung statt Aufrüstung – für die Überführung der Rüstungsindustrie in öffentliches Eigentum bei Kontrolle und Verwaltung durch demokratisch gewählte Komitees der arbeitenden Bevölkerung. Umstellung der Produktion auf zivile Produkte. Stopp aller Waffenexporte.

DaimlerChrysler hat im Jahr 2002 5,8 Milliarden Euro Gewinne eingefahren. Solange mächtige Konzerne mit dem Verkauf von Waffen viel Geld verdienen können, solange wird es immer einen Grund geben, Kriege zu führen. In den Rüstungsfabriken könnten sinnvolle Dinge hergestellt werden: Busse und Bahnen, das Material für Brücken, medizinische Geräte.

- Arbeit, Soziales und Bildung statt Rüstung und Krieg

Während die Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Masse der Bevölkerung ausgetragen wird, wird weiterhin Geld in die Aufrechterhaltung der Bundeswehr, neue Rüstungsprojekte und in Kriege gesteckt. Anstatt durch öffentliche

Investitionsprogramme sinnvolle Arbeitsplätze in Bereichen wie Umwelt, Gesundheit oder Soziales zu schaffen, steigt die Massenarbeitslosigkeit auf neue Rekordhöhen. Gleichzeitig werden die sozialen Sicherungssysteme zerschlagen und das Bildungswesen weiter privatisiert.

- Nein zur Diskriminierung von Menschen aus dem arabischen Raum und von MuslimInnen. Stopp jeglichem Rassismus

Die Angst vor terroristischen Anschlägen wird von den Herrschenden und reaktionären Kräften dazu genutzt, rassistische Vorurteile vor allem gegen AraberInnen und MuslimInnen zu schüren. Das dient der Spaltung der arbeitenden Bevölkerung. Ein gemeinsamer Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen Jugendlichen und Arbeitslosen soll so verhindert werden. Außerdem soll von den wahren Verursachern sozialer Probleme und den tieferen Gründen für Terror und Hass abgelenkt werden.

- Gegen den Abbau demokratischer Rechte

Die Sorgen der Menschen nach dem 11. September wurden zur Durchsetzung von sogenannten Anti-Terrorgesetzen genutzt, die massiv demokratische Rechte abgebaut haben. Diese Gesetze werden nicht nur gegen vermeintliche TerroristInnen, sondern auch gegen ImmigrantInnen, GewerkschafterInnen und linke AktivistInnen eingesetzt werden, um deren Aufenthalt in Deutschland bzw. deren Aktivitäten zu erschweren.

- Schluss mit der Diktatur der Banken und Konzerne. Für die Überführung der 500 weltweit größten Banken und Konzerne, allen voran die Öl- und Rüstungsindustrie in öffentliches Eigentum. Demokratische Kontrolle und Verwaltung der enteigneten Betriebe durch demokratisch gewählte Komitees der arbeitenden Bevölkerung.

Ausbeutung und Unterdrückung sind eine Wurzel von Terror. Kapitalismus bedeutet Krieg. Privateigentum an Banken und Konzernen, Wirtschaften für den Profit, Konkurrenzkampf und Marktwirtschaft führen zwangsläufig zum Expansionsdrang kapitalistischer Unternehmen und der Staaten, die diese Unternehmen vertreten. Im Kampf um Rohstoffe, billige Arbeitskräfte, Absatzmärkte, Einflussphären und Macht kommt es zuerst zu Handelsauseinandersetzungen und diplomatischen Streits, dann kommt es zu Krieg. Dieser ist die Fortsetzung der Politik und des kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit anderen Mitteln. Um Kriege zu verhindern und eine friedliche Welt zu erkämpfen, muss das Problem an der Wurzel gepackt werden.

- Für eine sozialistische Föderation im Nahen Osten! Für eine sozialistische Welt!

Erst wenn die kapitalistische Profitwirtschaft abgeschafft und durch eine nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur geplante Wirtschaft ersetzt wird, kann Kriegen die Grundlage entzogen werden. Internationale Kooperation statt Konkurrenz! Wirkliche Demokratie in Wirtschaft und Politik statt der Macht des großen Geldes! Internationaler Sozialismus statt globalisierter Kapitalismus!

Rüstungskonversion unter Arbeiterkontrolle

Das Beispiel Lucas Aerospace

Ein hervorragendes Beispiel für die Fülle von Talenten und Ideen, die in jeder Belegschaft stecken, lieferten die Arbeiter von Lucas Aerospace in Großbritannien in den 70er Jahren. Der Konzern produzierte hauptsächlich für die Rüstungsindustrie. Wegen Auftragsmangels geriet er Ende der 60er Jahre in die Krise. Arbeitsplätze waren bedroht.

Da ergriff der gewerkschaftliche Vertrauensleute-Körper die Initiative: er arbeitete unter Beteiligung aller Beschäftigten (Chefkonstrukteur ebenso wie Hilfsarbeiter) einen Plan für eine alternative Produktion aus. Mike Cooley, ihr Sprecher: „Es erschien uns absurd, dass wir alle diese Geschicklichkeit, Kenntnisse und Möglichkeiten hatten, während die Gesellschaft dringend Produkte und Dienstleistungen brauchte, die wir herstellen können, und dennoch die Marktwirtschaft unfähig erschien, beides zusammen zu bringen...“

Wir fragten unsere eigenen Gewerkschaftsmitglieder, was sie glaubten tun zu müssen. In kurzer Zeit hatten wir Ideen für 150 Produkte, die wir mit den vorhandenen Werkzeugmaschinen und Fertigkeiten bei Lucas Aerospace bauen konnten. Unsere Vorschläge trennten wir in sechs größere Produktionsbereiche, die jetzt in sechs Bänden zusammen gefasst sind, jeder mit ungefähr 200 Seiten. Sie enthalten spezifische Details, wirtschaftliche Berechnungen und sogar Entwurfszeichnungen.“

Unter den gesellschaftlich nützlichen Produktionsvorschlägen befinden sich medizinische Geräte, verbesserte und billigere künstliche Nieren, neuartige Energiespeicher, Wärmepumpen mit einem hohen Wirkungsgrad, ein Universal-Antriebsaggregat für verschiedene Fahrzeugtypen mit 50 Prozent verringertem Treibstoffverbrauch und erheblich geringerer Lärmentwicklung, ferngesteuerte Roboter und Tiefseeforschungsgeräte.

Wer die Pläne der Lucas-ArbeiterInnen genau studiert, wer die Geschichte ihrer Entstehung kennt, wer weiß, dass die meisten Ideen von einfachen ArbeiterInnen unter Beratung einiger Ingenieure entwickelt wurden – der kommt nicht umhin: Die Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Güter ist möglich. Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Industrie wird funktionieren und die Produktion um ein Vielfaches effektiver, nützlicher, billiger, menschen- und umweltfreundlicher machen.

Was will die SAV?

Die Menschheit ist täglich mit Krisen, Kriegen und Katastrophen konfrontiert. Die Weltwirtschaftskrise reißt Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Der weltweite Machtkampf um Märkte, Rohstoffe und Einflussphären bedeutet für den Großteil der Weltbevölkerung Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und einen neuen Rüstungswettlauf. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Die Reichen werden reicher – weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Menschheit jährlich an Einkommen hat. Gleichzeitig soll die Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der Jugend für die Krise des Kapitalismus die Zeche zahlen: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Lohnverlust. Die Misere hat System und das System heißt Kapitalismus: die Diktatur der Märkte und Konzerne. Es zählt der Profit für eine kleine Minderheit von Großaktionären und Kapitaleignern. Bürgerliche Parteien, Parlamente und Institutionen dienen deren Interessen und sind vielfältig mit ihnen verknüpft. Es ist höchste Zeit dieser Diktatur Widerstand entgegen zu setzen!

Widerstand

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat diesen Widerstand aufgenommen. Millionen haben die Parole „Eine andere Welt ist möglich“ in den letzten Jahren rund um den Globus getragen. Die SAV ist Teil dieser Bewegung und baut sie mit auf. SAV-Mitglieder sind aktiv bei Attac, widerstand international! und anderen Strukturen der Bewegung.

Wir treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein, denn die Gewerkschaftsführung betreibt Co-Management statt konsequenter Interessenvertretung. SAV-Mitglieder sind aktive GewerkschafterInnen und beteiligen sich am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Regierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben, stattdessen werden die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Gesundheitswesen) demontiert und Deutschland führt wieder Krieg in aller Welt.

Die PDS ist keine sozialistische Opposition. Auf Kommunal- und Länderebene beteiligt sie sich an Regierungskoalitionen, die für Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Privatisierungen und Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung. Heute hat die Arbeiterklasse (die Klasse der Lohnabhängigen und Arbeitslosen) keine Massenpartei, die ihre politische Interessenvertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese anfangs kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt für die Einheit der Arbeiterklasse ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Sozialismus

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss machen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört. Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen.

Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff. In der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteibürokratie.

SAV und CWI

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen bedarf es einer revolutionären, sozialistische Massenpartei. Eine solche Partei aufzubauen ist das Ziel der SAV. Die SAV ist anders als andere Parteien. Wir sind demokratisch aufgebaut. Keiner gewählte VertreterIn (Vorstandsmitglied, AbgeordneteR) darf mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Es gilt das Prinzip von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit.

Dem globalen Kapitalismus stellen wir den globalen Widerstand entgegen. Wir sind Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale, das Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern der Erde vereinigt.

Infos unter: Tel. (030) 24 72 38 02 – Fax: (030) 24 72 38 04
www.sozialismus.info – info@sav-online.de